



Baubeschreibung

Seitenraumabtrag auf den Bundesautobahnen
im Bezirk der AM Lauenau

Baubeschreibung

Projekt: A-13207-00 Seitenraumabtrag AM Lauenau

1.	Allgemeine Beschreibung der Leistung	4
1.1.	Auszuführende Leistungen.....	4
1.2.	Ausgeführte Vorarbeiten	4
1.3.	Ausgeführte Leistungen	4
1.4.	Gleichzeitig laufende Arbeiten	4
1.5.	Mindestanforderungen für Nebenangebote	5
2.	Angaben zur Baustelle.....	5
2.1.	Lage der Baustelle	5
2.2.	Vorhandene öffentliche Verkehrswege	5
2.3.	Zugänge, Zufahrten.....	5
2.4.	Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen.....	5
2.5.	Lager- und Arbeitsplätze	5
2.5.1.	Vorfluter	6
2.6.	Baugrundverhältnisse.....	6
2.6.1.	Schadstoffbelastung.....	6
2.6.2.	Baugeräte	7
2.7.	Anlagen im Baubereich	7
2.8.	Öffentlicher Verkehr im Baubereich.....	7
3.	Angaben zur Ausführung	7
3.1.	Verkehrsführung, Verkehrssicherung	7
3.1.1.	Temporäre FRS	8
3.1.2.	Tragen der Warnkleidung	8
3.1.3.	Verkehrszeichen / Verkehrseinrichtungen	9
3.1.4.	Verkehrsbeschränkungen.....	10
3.1.5.	Verkehrsumleitungen	10
3.1.6.	Verkehrszeichenplan und Verkehrsbehördliche Anordnungen	10
3.1.7.	Haftung bei Unfällen.....	11
3.2.	Bauablauf.....	11
3.2.1.	Reihenfolge und Abwicklung der Arbeiten	11
3.2.2.	Zeitliche Beschränkungen	11
3.2.3.	Bedingungen für Arbeiten außerhalb der üblichen Arbeitszeit	11
3.3.	Wasserhaltung	11
3.4.	Baubeihelfe	11
3.5.	Stoffe, Bauteile.....	11



3.5.1.	Straßenbau	11
3.5.2.	Brückenbau	11
3.6.	Abfälle	12
3.6.1.	Allgemeines	12
3.6.1.1.	Entsorgung durch den Auftragnehmer	12
3.6.2.	Probenahme und Abfalldeklaration durch Auftragnehmer	12
3.6.2.1.	Probenahme	13
3.6.2.2.	Probenahme aus Flächenbauwerken	14
3.6.3.	Nicht gefährliche Abfälle	14
3.6.4.	Gefährliche Abfälle	15
3.6.4.1.	Regelungen zur Durchführung des eANV	15
3.6.4.2.	Entsorgungsnachweis durch Auftragnehmer, Entsorgung durch Auftragnehmer ..	15
3.6.4.3.	Beförderung	15
3.6.5.	Rückbau- und Entsorgungskonzept	16
3.6.6.	Bodenlogistikkonzept	16
3.7.	Winterbau	16
3.8.	Beweissicherung/Zustandsfeststellung	16
3.9.	Sicherungsmaßnahmen	16
3.10.	Belastungsannahmen (Brückenbau)	16
3.11.	Vermessungsleistungen, Aufmaßverfahren	16
3.11.1.	Bestimmung der Dicken von Oberbauschichten	16
3.11.2.	Vermessungsleistung	16
3.11.3.	Aufmaßverfahren und Abrechnung	16
3.12.	Prüfungen und Nachweise	17
3.12.1.	Erstprüfungen	17
3.12.2.	Eigenüberwachungsprüfungen	17
3.13.	Zusammenfassende Angaben für die Erarbeitung des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes (Sige-Plan)	17
4.	Ausführungsunterlagen	17
4.1.	Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Unterlagen	17
4.2.	Vom Auftragnehmer zu erstellende bzw. zu beschaffende Unterlagen	17
4.3.	Elektronisches Planmanagementsystem	17
5.	Anzuwendende technische Regelwerke	18
5.1.	Zusätzlich anzuwendende technische Vertragsbedingungen	18



5.2.	Allgemeine Rundschreiben Straßenbau	18
5.2.1.	Technische Lieferbedingungen	18
5.2.2.	Technische Prüfvorschriften	19
5.2.3.	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen	19
5.2.4.	weitere technische Regelwerke	20
5.3.	Ergänzungen zu den Technischen Lieferbedingungen	20
5.4.	Ergänzungen zu den Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen.....	20
5.5.	Sonstige anzuwendende technische Regelwerke.....	20
5.6.	Anlagen/Formblätter.....	21
5.6.1.	Nachweis der Entsorgung nicht gefährlicher Abfälle.....	21
5.6.2.	Formblatt Anmeldung von gefährlichen Abfällen	22
5.6.3.	Länderspezifische Regelungen Abfallrecht.....	24
5.6.4.	Präzisierte Regelungen zur TL Transportable Schutzeinrichtungen	24
5.6.5.	Formblatt „Erstellungshilfe für die Einbaudokumentation nach §25 EBV „Übersicht Einbau mineralischer Ersatzbaustoffe (MEB) nach Ersatzbaustoffverordnung“	27
5.6.6.	Mustergliederung Entsorgungskonzept	29
5.6.7.	Arbeitsanweisung und Tagesprotokollheft	29
5.6.8.	Verdichtungs- und Tragfähigkeitswerte	29

1. Allgemeine Beschreibung der Leistung

Gegenstand dieses Vertrages ist der Seitenraumabtrag in dem Bezirk von Autobahnmeisterei Lauenau im Zuge der Autobahn A2. Die Einzelbaustellen sind in Detaillisten (s. Anlagen) dargestellt und analog im LV zu Streckenabschnitten der jeweiligen Fahrtrichtung zusammengefasst. In den vorgenannten Bereichen sind Einzelbaustellen von kürzerer Dauer vorzusehen. Hierbei ist der Seitenraum profilgerecht abzutragen, zu fräsen oder abzuschälen. Die zu erbringende Leistung durch den Auftragnehmer (AN) umfasst den Seitenraumabtrag auch im Bereich von Schutzplanken einschließlich der fachgerechten Entsorgung der aufgenommenen Stoffe. Der Auftragnehmer hat sein Arbeitsgerät den jeweiligen Einsatzbereichen anzupassen. Zusätzliche An- und Abfahrten, Räumungen und Einrichtungen, zusätzliche Rüstzeiten etc. werden nicht gesondert vergütet. Zusätzliche Kosten für das Umsetzen der Geräte zu den jeweiligen Bereichen, Abrücken und Wiederanrücken, Wartezeiten, erhöhter Koordinierungsaufwand etc. werden ebenfalls nicht gesondert vergütet. Bei der Leistungserbringung ist die Staubentwicklung zu vermeiden.

1.1. Auszuführende Leistungen

Der AN hat entsprechend den Anweisungen des AG den Seitenraum abzutragen. Die Entsorgung ist gestaffelt gem. der ermittelten Belastung nach LAGA vorzunehmen und zu dokumentieren. Die Entsorgung wird gesondert vergütet und ist anhand der Wiegekarten zu belegen. Die Wiegekarten sind rechnungsbe gründende Unterlagen und sind entsprechend mit Rechnung einzureichen. Fahrbahnverschmutzungen, die durch Auftragsarbeiten verursacht werden, sind unverzüglich zu beseitigen.

Die Mengenansätze im Leistungsverzeichnis beziehen sich auf die Vertragslaufzeit gem. besonderen Vertragsbedingungen und dürfen nicht überschritten werden. Beabsichtigt der Bewerber, Teile der Leistungen von anderen Unternehmen ausführen zu lassen, ist im Angebot Art und Umfang der durch die anderen Unternehmen auszuführenden Leistungen anzugeben. Der vorgesehene Nachunternehmer ist zu benennen.

1.2. Ausgeführte Vorarbeiten

Zur Beprobung von Bankettschälgut wurden Probenahmen in ausreichendem Umfang durchgeführt. Die Erkundung des Bankettmaterials wurde durch das LPI Ingenieurgesellschaft mbH ausgeführt und beurteilt. Die Bodenproben wurden gemäß der technischen Regeln LAGA chemisch untersucht und abfallrechtlich eingestuft. Nähere Informationen sind dem umweltgeologischen Prüfbericht vom 12.06.2026 zu entnehmen.

1.3. Ausgeführte Leistungen

Entfällt

1.4. Gleichzeitig laufende Arbeiten

Der Auftragnehmer hat vor Durchführung der Arbeiten alle Maßnahmen zu treffen, damit ein reibungsloses Zusammenwirken mit anderen Unternehmen erreicht wird und vermeidbare Behinderungen ausgeschlossen werden. Es wird auf die erforderliche enge Abstimmung zwischen den beteiligten Auftragnehmern hingewiesen.

Die durch die Abstimmung mit den anderen an der Baumaßnahme beteiligten Auftragnehmern entstehenden Erschwernisse, Mehraufwendungen und der Koordinierungsaufwand sowie ggf.

entstehende Verzögerungen bei der Einrichtung bzw. Umlegung von Verkehrsführungen sind vom Bieter einzukalkulieren. Sie werden nicht gesondert vergütet.

1.5. Mindestanforderungen für Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

2. Angaben zur Baustelle

2.1. Lage der Baustelle

Diese Maßnahme umfasst Zuständigkeitsbereich von der Autobahnmeisterei Lauenau mit den nachfolgend zugeordneten Streckenabschnitten:

A 2 km 232,700 (Hannover-Herrenhausen) bis km 283,700 (Landesgrenze Niedersachsen / NRW)

AM Lauenau (Leitung) Herr Nagel	Tel.: 05043/9111 - 0 Fax: 05043/9111 - 18	Autobahnmeisterei Lauenau Lauenauer Straße 18 31552 Apelern
---	--	---

Die genauen Ausführungsorte sind den beigefügten Tabellen (s. Anlagen) zu entnehmen.

2.2. Vorhandene öffentliche Verkehrswege

Dem Auftragnehmer steht das gesamte öffentliche Straßennetz zur Verfügung.

2.3. Zugänge, Zufahrten

Über die jeweilige Bundesautobahn.

Die Verschmutzung von Straßen und Wegen sowie Behelfsfahrstreifen ist auszuschließen. Für die Reinigung von Straßen und Wegen mit einer gebundenen Fahrbahndecke ist eine selbstaufnehmende Saugkehrmaschine einzusetzen. Die erforderliche Reinigung der Straßen und Wege sowie Behelfsfahrstreifen während der gesamten Bauzeit ist entsprechend der Verkehrssicherungspflicht abzusichern und vom Bieter in die entsprechenden Leistungspositionen einzurechnen.

2.4. Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen

Medienanschlüsse jeder Art werden vom Auftraggeber nicht bereitgestellt. Die Aufwendungen für Beschaffung, Vorhaltung, Betrieb und Abbau bzw. Beseitigung hat der Bieter in die entsprechenden Leistungspositionen einzurechnen.

2.5. Lager- und Arbeitsplätze

Die Bezeichnungen „Baustelle“, „Baubereich“ und Bereitstellungsfläche werden in folgendem Sinne verwendet:

- Baustelle: Flächen, die der Auftraggeber zur Ausführung der Leistung, für die Baustelleneinrichtung und zur vorübergehenden Lagerung von Stoffen und Bauteilen zur Verfügung stellt, zuzüglich der Flächen, die der Auftragnehmer darüber hinaus in Anspruch nimmt.
- Baubereich: Baustelle und die Umgebung, die durch die Ausführung der Bauarbeiten beeinträchtigt werden kann.
- Bereitstellungsfläche: Fläche für die vorläufige Lagerung von Ausbaustoffen im Sinne einer Bereitstellung zum Transport bzw. zum Zweck der Beförderung zur Entsorgungsanlage sowie für die Bildung von Haufwerken zur Beprobung und Bestimmung umweltrelevanter Parameter.

Der Auftraggeber stellt keine Flächen für Baustelleneinrichtung, Lagerplätze, Unterkünfte, usw. zur Verfügung. Die Flächen, Lager- und Arbeitsplätze können nur innerhalb der Baustelle in sehr begrenztem Umfang und nur in Absprache mit dem AG zur Verfügung gestellt werden. Der Baubetrieb ist entsprechend dieser Vorgabe abzustellen. Baubetriebsflächen sind nicht ausgewiesen. Im Bedarfsfall hat AN die erforderlichen Flächen in eigenem Namen anzupachten und vorzuhalten. Es ist Sache des AN, erforderliche Lager- und Arbeitsplätze auf eigene Kosten anzumieten.

Für die Nutzung von Flächen für die zeitweilige Lagerung von Abfällen oder Aufbereitung außerhalb der Baustelle, hat der Auftragnehmer die hierfür notwendigen privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Genehmigungen (4. BImSchV) einzuholen und diese dem Auftraggeber vor Nutzung nachzuweisen. Ferner hat der Auftragnehmer für die Flächen auf eigene Kosten ein Beweissicherungsverfahren vor und nach Nutzung der Fläche bzw. Flächen durchzuführen. Diese Leistungen sind in die entsprechenden Leistungspositionen einzurechnen.

Die Verwendung und eventuelle Lagerung wassergefährdender Flüssigkeiten, wie Treibstoffe, Öle, Fette usw. ist so vorzunehmen, dass eine Gefährdung der Gewässer und insb. Des Grundwassers ausgeschlossen ist. Insoweit sind die Bestimmungen der Verordnung über Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen wassergefährdenden Stoffe (VAwS v. 17.04.1985) genauestens zu beachten.

Baustellenräumung

Die angemieteten Lager- und Arbeitsplätze sind in den ursprünglichen Zustand zu versetzen.

Mit der Schlussrechnung hat der AN von allen Eigentümern, Besitzern, Pächtern u.ä. deren Flächen als Arbeitsstreifen, Transportwege etc. genutzt wurden, Bescheinigungen vorzulegen, dass diese Flächen wieder in ordnungsgemäßem Zustand zurückgegeben worden sind.

2.5.1. Vorfluter

Die neben oder im Baustellenbereich liegenden Gräben und Vorfluter sind während der gesamten Maßnahme vor Beeinträchtigungen (Verdichtung, Schadstoffeintrag, Verminderung der Durchflussmenge etc.) zu schützen.

2.6. Baugrundverhältnisse

2.6.1. Schadstoffbelastung

Es wird darauf hingewiesen, dass in der Baumaßnahme natürliche Böden mit organischen Inhaltsstoffen anfallen. Dies können unter anderem sein: Oberboden, durchwurzelter Boden, Torf/Moorboden, Mudde, Klei, Auelehm (Schwemmelehm) und humoser Sand/Schluff. Es handelt sich um natürliche Böden deren TOC-Gehalt (gesamter organischer Kohlenstoff/engl.: total organic carbon) naturgemäß erhöht ist. Der TOC-Gehalt ist gemäß ErsatzbaustoffV ein bodenmaterialspezifischer Orientierungswert. § 6 Absatz 11

Satz 2 und 3 der BBodSchV ist entsprechend anzuwenden.

Bei dem anfallenden Bankettmaterial handelt es sich um ein Gemisch von mineralischen Komponenten mit einem geringen Anteil von Humus und Pflanzenresten aus dem unmittelbaren Seitenbereich von befestigten Verkehrswegen. Das Material kann straßentypische Verunreinigungen enthalten. Der abzutragende Boden wurde umweltgeologisch untersucht und anhand der LAGA-Richtlinie bewertet.

2.6.2. Baugeräte

Entfällt

2.7. Anlagen im Baubereich

Entfällt

2.8. Öffentlicher Verkehr im Baubereich

Entfällt

3. Angaben zur Ausführung

Die Leistungsausführung ist auf Tagesbetrieb zu begrenzen. Die Koordination der Abwicklung von Arbeiten ist durch Absprache mit der Meisterei vorzunehmen. Beginn und Ende der Arbeiten sind der Autobahnmeisterei anzuzeigen.

Die in den Besonderen Vertragsbedingungen angegebenen Ausführungsfristen sind einzuhalten.

3.1. Verkehrsführung, Verkehrssicherung

Die Arbeiten sind unter Aufrechterhaltung des Verkehrs als Baustelle von kürzerer Dauer, bei Tageslicht, durchzuführen. Im Zuge der Leistungsdurchführung sind auch die Auf- oder Abfahrten mit den Arbeitsfahrzeugen zu passieren. Die Darstellung von der Absicherung dieser Bereiche ist in den jeweiligen Verkehrssicherungsplänen darzustellen. Alle Verkehrsbeschränkungen sind auf ein absolutes Mindestmaß zu reduzieren.

Für die Verkehrssicherung der Arbeitsstellen ist der Auftragnehmer in vollem Umfang verantwortlich. Grundsätzlich hat der AN alle für Sicherheit der Arbeiten und des fließenden Verkehrs erforderlichen Schutzmaßnahmen zu treffen. Für die Sicherung des Verkehrs auf öffentlichen Straßen und Wegen sind die Bestimmungen des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG), des Niedersächsischen Straßengesetzes (NStrG) und der StVO in der jeweils aktuellen Fassung und Ergänzung maßgebend. Daneben sind die Arbeitsplatzbreiten und Sicherheitsabstände nach ASR A5.2 zu beachten.

Der AN ist verpflichtet, seinen Baubetrieb so zu organisieren, dass eine Gefährdung oder Behinderung des Verkehrs vermieden, sowie die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrsablaufs nicht mehr als notwendig beeinträchtigt wird. Besondere Anordnungen der Verkehrsbehörde, des zuständigen Autobahnmeisters und der Polizei sind zu befolgen.

Der für die Verkehrssicherung verantwortliche Mitarbeiter des AN muss gemäß MVAS geschult sein. Ein entsprechender Nachweis ist auf gesondertes Verlangen vorzulegen.

Die Sicherung von Gefahrenstellen hat unter Beachtung der Richtlinien für die verkehrsrechtliche Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA 21, Ausgabe 2021), der zusätzlichen technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen an Straßen (ZTV-SA) und der technischen Lieferbedingungen für Materialien (TL Leitbaken, TL Aufstellvorrichtungen) und gemäß der verkehrsrechtlichen Anordnung der zuständigen Verkehrsbehörde zu erfolgen. Hinweis: Es sind die modifizierten Regelpläne der Niederlassung Nordwest (NL Nordwest) zu beachten (siehe Anlagen).

Zur Sicherung von Arbeitsstellen kürzerer Dauer sind bei den Arbeiten auf der BAB grundsätzlich Absperrtafeln mit Blinkpfeil Z 616 (Abstand zum Arbeitsbereich mind. 120 m gemessen ab Vorderkante Zugfahrzeug (Fahrerhaus) und nicht ab Hinterkante Absperrtafel bis zum Arbeitsfahrzeug / zur Arbeitsstelle-le), Zugfahrzeuge mit einem tatsächlichen Gesamtgewicht von 7,49 t, sowie retroreflektierende Leitbaken (Z 605), Vorwarntafeln (Z 274-60, Z 274-58), Folientyp II RA 2 nach DIN 67520 und Verkehrszeichen der Größe 3 „Verkehrszeichenkatalog“ (retroreflektierend) einzusetzen. Die eingesetzten Fahrzeuge sind entsprechend § 52 (4) StVZO mit gelben Rundumleuchten und einer rot-weiß-roten Warnmarkierung nach DIN 30710 auszustatten. Beim Einsatz der Verkehrssicherung nach Regelplan D IV ist der Arbeitsbereich während der Absicherungszeit gemäß DIN EN 12646-2 ausreichend zu beleuchten.

Transportfahrzeuge dürfen nur das zulässige Gesamtgewicht entsprechend § 34 StVZO aufweisen. Entsprechende Kontrollen behält sich der Auftraggeber vor. Bei Feststellung einer Überschreitung des zulässigen Gesamtgewichtes bei Transportfahrzeugen erfolgt eine Anzeige bei der zuständigen Behörde.

Das Halten von Baufahrzeugen in unter Verkehr befindlichen Strecken außerhalb von gesicherten Arbeitsbereichen ist grundsätzlich untersagt. Das Lagern von Geräten, Material und dergleichen in den Seitenräumen neben unter Verkehr liegenden Strecken ist nicht gestattet, falls nicht eine mechanische Trennung und verkehrstechnische Absicherung vorhanden ist.

Der AN hat alle erforderlichen Verkehrseinrichtungen zu liefern, aufzubauen, vorzuhalten, abzubauen und abzutransportieren. Das Herstellen der Verkehrsführungen, deren Betrieb und das Abräumen sind in die entsprechenden Positionen des Leistungsverzeichnisses einzukalkulieren. Der AN haftet für die Dauer der Verkehrsführung für die Funktionstüchtigkeit seiner Anlagen. Zusätzliche Anordnungen sowie nachträgliche Veränderungen können unter Voraussetzung nach § 44 Abs. 2 StVO vom AG oder der Polizei angeordnet werden.

3.1.1. Temporäre FRS

Im Abschnitt 5.66, Anlagen/Formblätter werden unter Unterabschnitt 5.6.4 die Regelungen der TL Transportable Schutzeinrichtungen 97 für den Einsatz auf Autobahnen präzisiert. Es sind die aufgelisteten Anforderungen ergänzend zu erfüllen (nur für die Systeme, die nicht in der BAST-Liste der transportablen Schutzeinrichtungen enthalten sind).

Die transportablen Schutzeinrichtungen müssen so beschaffen sein, dass Beschädigungen wie Verdrückungen, Kornausbrüche und dergleichen an den Deckschichten aus Asphalt auszuschließen sind. Dies gilt für das Aufbauen, das Betreiben und den Rückbau.

3.1.2. Tragen der Warnkleidung

Personen, die außerhalb von Absperrungen im Verkehr eingesetzt werden oder neben dem Verkehrsreich tätig und nicht durch eine geschlossene Absperrung (Bauzaun) von diesem getrennt sind, müssen

Warnkleidung nach DIN EN 471 (DIN 30711) in kompletter Ausführung tragen. Das Tragen einer Warnweste allein genügt nicht. Folgende Anforderungsmerkmale müssen hierbei eingehalten werden:

- Warnkleidungsausführung mindestens Klasse 3 gemäß Abs. 4.1 Tabelle 1, der DIN EN 471, wobei die zusätzlich verfügbare Fläche an Reflexstoffen die menschliche Gestalt (Kontur) betonen soll.
- Als Farbe darf ausschließlich fluoreszierendes Orange-Rot oder fluoreszierendes Gelb gemäß Absatz 5.1 Tabelle 2, der DIN 471 verwendet werden.

3.1.3. Verkehrszeichen / Verkehrseinrichtungen

Es sind nur einwandfreie, voll retroreflektierende, den Gütebestimmungen und der StVO entsprechende Verkehrszeichen/ Verkehrseinrichtungen (Folie mindestens RA2, ehemals Typ II) zugelassen. Ferner kommen nur Baken entsprechend den Lieferbedingungen TL Baken 97 zur Aufstellung. Die Leitbaken (VZ 605) müssen bei unbeleuchteter Aufstellung grundsätzlich eine Folie Typ 2 nach DIN 6171 haben. Dem AG ist ein entsprechender Nachweis zu erbringen.

Die Verkehrszeichen sind in Größe 3 gemäß „Verkehrszeichenkatalog“ (VZ-Kat) auszuführen. Die gesamte Beschilderung einschl. aller Aufstellvorrichtungen soll wind- und knicksicher verankert und verbunden sein. Es ist mit einer Windlast von insgesamt $W = 1 \text{ KN/m}^2$ zu rechnen. Es sind nur einwandfreie, voll retroreflektierende, den Anforderungen anerkannter Gütebedingungen (mit RAL-Gütezeichen) entsprechende Verkehrsschilder, Folie Typ 2 nach DIN 6171, zugelassen. Wird ein Außerkraftsetzen der vorhandenen Beschilderung erforderlich (z.B. bei widersprüchlichen Verkehrszeichen), so hat dieses berührungsfrei zu erfolgen. Eine gesonderte Vergütung ist hierzu nicht vorgesehen.

Bei der Aufstellung der Verkehrszeichen sind die Aufstellhöhen und Abstände zur Fahrbahn nach ZTV-SA zu beachten, die Aufstellorte liegen z.T. in den Banketten bzw. in den Böschungen. Verkehrszeichen sind senkrecht zur Fahrtrichtung aufzustellen, damit die reflektierende Wirkung zur Geltung kommt.

Schmutzablagerungen sind regelmäßig zu beseitigen. Die Ausführung der Aufstellvorrichtungen ist Sache des AN, die Sicherheitsklassen gemäß den TL-Aufstellvorrichtungen sind zu beachten und entsprechend nachzuweisen. Der AN hat dafür Sorge zu tragen, dass eventuell vorhandene Versorgungsleitungen im Erdreich nicht beschädigt werden. Erkundungen über die Versorgungsleitungen hat der AN selbst einzuholen. Die Kosten hierfür werden vom AG nicht erstattet. Regressansprüche gehen zu Lasten des AN.

Der AN haftet für die jederzeitige Funktionsfähigkeit der Anlage. Ersatzeinrichtungen sind im erforderlichen Umfang bereitzuhalten. Durch Unfälle beschädigte Schilder oder Zeichen sind unverzüglich in gleicher Qualität zu ersetzen. Elektrische Anlagen sind nach den VDE-Vorschriften zu installieren, zu warten und laufend auf ihre Funktionsfähigkeit zu überwachen. Es ist ein Wartungsdienst vorzuhalten, und dem AG sowie der Polizei unter Angabe der Anschrift und Telefonnummer zu benennen.

Der Ersatz zerstörter oder abhanden gekommener Materialien ist mit den Einheitspreisen abgegolten.

Nach Beendigung der Maßnahme sind die Schilder abzubauen, sämtliche Aufstellvorrichtungen zu entfernen und die Aufstellorte wieder ordnungsgemäß herzurichten. Wegweiser sind in den ursprünglichen Zustand zu versetzen.

3.1.4. Verkehrsbeschränkungen

Bei Sperrungen von Auf- und Abfahrten ist das Aufstellen, Vorhalten und Abbauen von Vorankündigungstafeln und wegweisender Umleitungsbeschilderung, sowie der Absperrbaken vorzusehen. Die Vergütung erfolgt über die entsprechende Position des Leistungsverzeichnisses.

3.1.5. Verkehrsumleitungen

Die Maßnahmen mit Sperrung einer Anschlussstelle oder Maßnahmen, welche die Sperrung einer Fahrbeziehung eines Autobahnkreuzes zur Folge haben, sind vom AN mindestens 4 Wochen vor Beginn der Ausführung schriftlich anzuzeigen. Unterlässt der AN dieses, hat er für den eventuell entstandenen Schaden aufzukommen.

3.1.6. Verkehrszeichenplan und Verkehrsbehördliche Anordnungen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, unmittelbar nach der Auftragsvergabe eine verkehrsrechtliche Anordnung (kurz: VbA) bei der zuständigen Verkehrsbehörde/Straßenbaubehörde zu beantragen. Die Kosten für die Beantragung der verkehrsrechtlichen Anordnung einschließlich Erstellung der notwendigen Unterlagen sind in die jeweilige Position einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

Die Anordnung ist vom AN eigenständig mindestens 14 Tage vor Maßnahmenbeginn einzuholen. Nach der Erteilung einer VbA werden die anfallenden Gebühren auf Nachweis erstattet.

Bei erforderlichen Sperrungen von Anschlussstellen sind die Auffahrten sowie Beschilderung im nachgeordneten Netz ist zu beachten, dass außerhalb der BAB die jeweils regionale Gebietskörperschaft als untere Verkehrsbehörde zuständig ist und eine entsprechende Anordnung einzuholen ist. Arbeitsstellen, deren Lage die Sperrung von Anschlussstellen, Rastanlagen und ggf. die Einrichtung/Nutzung einer Umleitung erfordern, sind mit Verkehrszeichenplan mind. 4 Wochen vor der geplanten Einrichtung bei der Verkehrsbehörde zu beantragen.

Verkehrsrechtliche Anordnungen gelten im Bereich der Außenstelle Hannover nur für nach RSA - Regelplan (DIII- und DIV- mod. Pläne) abzusichernde Arbeitsstellen kürzerer Dauer unter Berücksichtigung der Verkehrsspitzenzeiten. Die Absicherungen von Arbeitsstellen sind mit Wochenplanungen (vorabgestimmt mit der Autobahnmeisterei) bei der Straßenbaubehörde / Verkehrsbehörde einzureichen. Bei Beeinträchtigungen von Anschlussstellen sind nur solche Arbeitsstellen über die Wochenplanung zu genehmigen, bei denen mind. 70 m für verkürzte Beschleunigungs- und Verzögerungsspuren verbleiben.

Anschrift der zuständigen Straßenbaubehörde / Verkehrsbehörde:

Die Autobahn GmbH des Bundes
Niederlassung Nordwest
Gradestraße 18
30163 Hannover

E-Mail: strassenbaubehoerde-h@autobahn.de / verkehrsbehoerde.nordwest@autobahn.de

Der endgültige Termin (Datum und Uhrzeit) der Verkehrsbeschränkung ist mit der zuständigen Autobahnmeisterei abzustimmen sowie bei der VMZ/ BTZ Hannover rechtzeitig – möglichst 24 h vor Beginn der Verkehrsbeschränkung/en – anzumelden.

Der Antragssteller hat sich unmittelbar vor Beginn der Verkehrsbeschränkung bei der VMZ / BTZ Hannover, der zuständigen Autobahnmeisterei sowie der zuständigen Autobahnpolizei unter Benennung der Nummer der Verkehrsbehördlichen Anordnung (VbA-Nr.) anzumelden. Unterlässt der AN dieses, hat der AN für den eventuell entstandenen Schaden aufzukommen.

3.1.7. Haftung bei Unfällen

Der AN verpflichtet sich zur Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften. Er haftet für Schäden, die durch ihn oder seine Erfüllungsgehilfen verursacht werden. Soweit Dritte Schaden erleiden und den AN in Anspruch nehmen, ist der AN verpflichtet, den AG von Forderungen anderer unverzüglich freizustellen. Sollte eine Arbeitsmaschine und/oder Teile davon ausfallen, so hat der Auftragnehmer für den sofortigen Ersatz zu sorgen.

3.2. Bauablauf

3.2.1. Reihenfolge und Abwicklung der Arbeiten

Die Disposition des Bauablaufes liegt in der Hand des Auftragnehmers. Die Randbedingungen bezüglich der verkehrsbehördlichen Anordnungen (Punkt 3.1.6) sind zu beachten.

3.2.2. Zeitliche Beschränkungen

Die Arbeiten sind so aufzunehmen, zu fördern und zu vollenden, dass der in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ festgelegter Termin für die Fertigstellung der Maßnahme zwingend eingehalten wird. Die Festlegung der Anfangs-, Zwischen- und Endtermine für die Erbringung der gem. LV geforderten Leistungen innerhalb der angeordneten Verkehrsführung ist vom AN eigenverantwortlich im Einvernehmen mit dem AG vorzunehmen. Es liegt im übergeordneten Interesse, die Behinderung des Verkehrs durch diese Maßnahme auf ein Minimum zu beschränken. Behinderungen und im Bauvertrag nicht vorgesehene Unterbrechungen sind grundsätzlich dem AG unverzüglich anzuzeigen. Eine Anerkennung im Nachhinein erfolgt nicht. Sämtliche dem AG durch Vertragslaufzeitverlängerung entstehenden Kosten trägt bei unterlassener Anzeige der AN.

3.2.3. Bedingungen für Arbeiten außerhalb der üblichen Arbeitszeit

Die zur Einhaltung von Ausführungsterminen erforderliche Wochenend- und Feiertagsarbeit wird nicht gesondert vergütet. Die Nachtarbeit ist nicht zugelassen.

3.3. Wasserhaltung

Entfällt

3.4. Baubehelfe

Entfällt

3.5. Stoffe, Bauteile

Entfällt

3.5.1. Straßenbau

Entfällt

3.5.2. Brückenbau

Entfällt

3.6. Abfälle

3.6.1. Allgemeines

Der Auftraggeber ist als Veranlasser von Arbeiten, bei denen Abfälle anfallen, Abfallerzeuger und somit für eine ordnungsgemäße und schadlose Verwertung bzw. für eine Beseitigung ohne eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit verantwortlich.

3.6.1.1. Entsorgung durch den Auftragnehmer

Dem Auftragnehmer wird gemäß § 22 KrWG die Erfüllung der Entsorgungspflicht übertragen.

Bei der Entsorgung des Abfalls endet die vertragliche Verpflichtung des Auftragnehmers erst mit der vollständigen ordnungsgemäßen Entsorgung des Abfalls. Die Übernahme sowie die vollständige, ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung der Abfälle und Ausbaustoffe hat unter Beachtung der geltenden Gesetze, zugehörigen Verordnungen sowie der einschlägigen umwelt- und abfallrechtlichen Bestimmungen zu erfolgen.

Vor Baubeginn benennt der Auftragnehmer dem Auftraggeber in Textform den Vor- und Zunamen der für den rechtmäßigen Umgang mit den anfallenden Ausbaustoffen bzw. Abfällen verantwortlichen Person/ Abfallbeauftragter und dessen Vertreter.

Vom Auftragnehmer ist sicherzustellen, dass seine mit der Entsorgung beauftragten Nachauftragnehmer zuverlässig und für die Entsorgung der anfallenden Abfälle fachlich geeignet sind. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich über geänderte Annahmekriterien von Entsorgungsanlagen, den Wechsel des Entsorgers oder über Abstimmungs-/ Genehmigungserfordernisse mit den zuständigen Behörden zu informieren.

Abfälle und sonstige Ausbaustoffe sind, sofern in den Leistungspositionen nichts anderes vereinbart ist, nach Wahl des Auftragnehmers zu entsorgen. Die Entsorgungskosten sind in die entsprechenden Leistungspositionen einzurechnen. Vom Auftragnehmer ist vorab zu prüfen, ob ein Anschluss- und Benutzungszwang an den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger regional bezogen auf die Anfallstelle des Abfalls besteht.

Die Entsorgung von gefährlichen Abfällen hat nur über zertifizierte Entsorgungsfachbetriebe (§ 56 Nr. 2 KrWG) und zugelassene Beförderer (§ 54 KrWG) zu erfolgen.

3.6.2. Probenahme und Abfalldeklaration durch Auftragnehmer

Soweit erforderlich sind abfallcharakterisierende Analysen beigelegt. Die Art und Höhe der Schadstoffbelastung von Abfällen ist den beiliegenden Gutachten zu entnehmen. Sofern der Entsorger nach Wahl des Auftragnehmers für die Annahme Deklarationsanalysen aktuelleren Datums fordert, ist das dem Auftraggeber vom Auftragnehmer mindestens 24 Werktage vor Abfuhr anzuzeigen. Die Aufwendungen sind entsprechend in die Einheitspreise einzurechnen.

Falls der Auftragnehmer oder der vom Auftragnehmer vorgesehene bzw. beauftragte Entsorgungsfachbetrieb vor und während der Bauausführung zusätzliche Deklarationen bzw. Analysen des Abfalls fordert, sind diese vom Auftragnehmer zu tragen und einschließlich aller Aufwendungen in die Einheitspreise einzurechnen. Das ist auch für den Fall zutreffend, wenn die Genehmigungen der Entsorgungsanlagen oder die Entsorgungswege zusätzliche Analysen erfordern.

Dem Auftraggeber ist die Probenahme 3 Werktage vor Durchführung in Textform anzukündigen, um seine Teilnahme zu ermöglichen, der Auftraggeber erhält auf Anforderung Rückstellproben.

Untersuchungsergebnisse von Proben, die ohne Unterrichtung des Auftraggebers genommen worden sind, können nicht anerkannt werden. Der Auftragnehmer benennt dem Auftraggeber eine Woche vor Probeentnahme das mit den zusätzlichen Analysen beauftragte Labor. Zur Anerkennung der Ergebnisse muss das Labor die erforderliche Akkreditierung durch die DAkkS nach DIN EN ISO/ IEC 17025 innehaben.

3.6.2.1. Probenahme

Eine Beprobung und Untersuchung von vorhandenen Materialien (hier Abfall, Böden und Baustoffe) innerhalb des Baubereiches und von Lagerflächen außerhalb der Baustelle ist nur mit Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

Vor Ausführung der Beprobung ist ein Probenahme und -analysekonzept (ITP-Inspection & Testplan) zur Prüfung und Freigabe durch den Auftraggeber in Textform vorzulegen. Dieses Konzept hat mindestens folgende Informationen zu enthalten:

- geplanter Zeitpunkt der Probenahme
- Übersicht über geplante Entnahmestellen (Zuordnung von Probennummer und Entnahmestelle)
- Probenahmemenge/-anzahl zum Abgleich mit der erforderlichen Anzahl an geplanten und ein-satzfähigem Equipment
- geplantes analytisches Untersuchungsverfahren für die jeweilige Probe
- Angaben zum Probenehmer (Name, Kontaktdaten, Qualifikationsnachweis)
- Angaben zum Umweltlabor (einschließlich Information zum Probenlager für Rückstellproben).

Auftragnehmer und Auftraggeber vereinbaren einen Termin für die Beprobung in Textform. Die Beprobung ist nur in Anwesenheit des Auftraggebers zulässig, wenn dieser nicht durch Erklärung in Textform auf eine Teilnahme verzichtet. Der Auftraggeber behält sich vor, zur Probenahme ein eigenes fachkundiges Unternehmen hinzuzuziehen.

Die Probenahme in situ oder an Haufwerken ist nur von Personen durchzuführen, die über die erforderliche Fachkunde verfügen. Die Fachkunde ist durch eine qualifizierte technische Ausbildung oder durch eine langjährige praktische Erfahrung jeweils in Verbindung mit einer erfolgreichen Teilnahme an einem Probenahmelehrgang nach PN 98 nachzuweisen. Dieser Nachweis darf nicht älter als fünf Jahre sein.

Bei der Probenahme von Bodenmaterial i.S. der BBodSchV ist die Probenahme von einer nach DIN EN ISO/IEC 17025 oder DIN EN ISO/IEC 17020 akkreditieren oder nach den Ländern gemäß § 18 Satz 2 des BBodSchG notifizierten Untersuchungsstelle durchzuführen.

Alle Proben, die durch eine nicht qualifizierte Person entnommen wurden, können nicht anerkannt werden.

Die Probenahme ist im Probennahmeprotokoll (inklusive Fotodokumentation) und im Bautagebuch zu protokollieren. Das gilt auch für Rückstellproben.

Die erforderlichen Kapazitäten für Rückstellproben (z.B. Kernkisten, Bodenproben, Bohrkerne usw.) sind vom AN bereitzustellen und vorzuhalten bzw. mit der Untersuchungsstelle abzustimmen. Die Lagerfläche/Lagerräume, die Probeneinlagerung sowie die ordnungsgemäße Entsorgung der Proben wird nicht gesondert vergütet und sind in die Einheitspreise der Positionen einzurechnen.

3.6.2.2. Probenahme aus Flächenbauwerken

Mit der Analytik von Abfällen sind ausschließlich akkreditierte Prüflabore zu beauftragen (Akkreditierung nach DIN EN ISO/ IEC 17025). Den Prüfberichten zur Deklarationsanalytik sind folgende Unterlagen beizufügen:

- durch den Auftragnehmer erstellten Probenahmeablaufplan (Fortschreibung ITP)
- Probenahmeprotokoll nach LAGA PN 98 inklusive Probenahmeplan bei „in-situ“-Beprobungen
- Fotodokumentation ergänzend zum Probenahmeprotokoll sowie Probenbegleitprotokoll
- Deklarationsanalytik und Einstufung der Haufwerke in Zuordnungswerte nach [LAGA/DepV](#)/ bzw. Materialwerte der ErsatzbaustoffV unter Berücksichtigung länderspezifischer Festlegungen zur Abfalleinstufung
- Konformitätserklärung des Auftragnehmers

Die Ergebnisse der Deklarationsanalysen sind dem Auftraggeber nach Erhalt digital zu übergeben.

Die vorstehenden Hinweise gelten nicht bei Eigenüberwachungs- und Kontrollprüfungen.

3.6.3. Nicht gefährliche Abfälle

Die Entsorgung von nicht gefährlichem Abfall hat ordnungsgemäß und schadlos/gemeinwohlverträglich nach Wahl des AN zu erfolgen. Der Entsorgungsweg ist vom AN mit Angebotsabgabe offenzulegen. Gemäß NachschV besteht Registrierungspflicht zur Dokumentation der Entsorgung von Abfällen. Die ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung von nicht gefährlichen Abfällen ist vom AN (durch Wiege- oder Lieferscheine) nachzuweisen. Die Dokumentation der Entsorgung von nicht gefährlichem Abfall erfolgt anhand des Formblattes „Nachweis der Entsorgung von nicht gefährlichem Abfall“. Dieses ist als Muster im Anhang beigelegt. Alle anfallenden Kosten im Zusammenhang mit der Abfallentsorgung sind separat auszuweisen, bevor sie in die entsprechende LV-Position eingerechnet werden. Für den Transport ist eine Anzeige gemäß § 53 KrWG zu erstatten.

Die Aufwendungen für die Entsorgung nicht gefährlicher Abfälle sind in die Einheitspreise einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet, es sei denn, die entsprechenden Leistungspositionen enthalten abweichende Regelungen.

Vor Beginn der Entsorgungsleistung ist vom Auftragnehmer für jeden mineralischen Ersatzbaustoff als Nachweis für den beabsichtigten Verbleib eine unterschriebene Erklärung gemäß § 24 ErsatzbaustoffV zu übergeben. Diese ist 18 Werktage vor Beginn der Leistungen gemäß Unterlage des Auftraggebers vorzulegen. Die Entsorgung darf erst nach Prüfung und Freigabe des Entsorgungsweges durch den Auftraggeber erfolgen. Diese Erklärung ist auch zu übergeben, wenn für Abfälle zur Beseitigung ein Anschluss- und Benutzungszwang an den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger besteht.

Der Auftragnehmer hat darüber hinaus gegenüber dem Auftraggeber den Nachweis über den Verbleib aller Ausbaustoffe zu führen und diese Nachweise unverzüglich nach Abschluss der Entsorgung dem Auftraggeber zu übergeben.

Die o.g. Erklärung gemäß § 24 ErsatzbaustoffV sowie der Nachweis über den Verbleib der Ausbaustoffe erfolgt über das im Abschnitt 5.6.1 enthaltene Formblatt.

Dieses Formblatt ist für jede Abfallfraktion bzw. Entsorgungsposition dem Auftraggeber vor Abfuhr von der Baustelle zu übergeben. Im Bedarfsfall ist es fortzuschreiben.

Liegen die Nachweise (Wiegenachweise/Liefernachweise) nicht vor, erfolgt keine Vergütung der Leistung. Auf § 69 Absatz (3) KrWG wird verwiesen.

3.6.4. Gefährliche Abfälle

3.6.4.1. Regelungen zur Durchführung des eANV

Die Führung von Entsorgungsnachweisen und Begleitscheinen von gefährlichen Abfällen ist in elektronischer Form durchzuführen (elektronisches Abfallnachweisverfahren: eANV). Alle am Verfahren Beteiligten – Erzeuger, Bevollmächtigter, Rechnungsbeauftragter, Beförderer und Entsorger – müssen in der Lage sein, das Verfahren durchzuführen.

Gefährliche Abfälle, die beseitigt werden, sind in Niedersachsen der Zentralen Stelle für Sonderabfall bei der NGS anzudienen. Die Nachweisführung für die Entsorgung von gefährlichem Abfall erfolgt im elektronischen Abfallnachweisverfahren (eANV). Der AN hat die technischen Voraussetzungen zu schaffen und die Abwicklung vorzunehmen.

3.6.4.2. Entsorgungsnachweis durch Auftragnehmer, Entsorgung durch Auftragnehmer

Im eANV wird der Entsorgungsnachweis vom Auftragnehmer vorbereitet und dem Auftraggeber vorgelegt.

Mit dem Entsorgungsnachweis ist das Ergänzende Formblatt (EGF) zu erstellen. Der Auftragnehmer ist im Formblatt EGF als Rechnungsempfänger einzutragen und muss dieses als Beauftragter signieren.

Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass

- der Entsorgungsnachweis als Vorlage erstellt und dem Auftraggeber mindestens 12 Werktage vor Ausbau elektronisch zugestellt wird.
- Die Aktenvorlage vollständig erfolgt und nicht eingeschränkt wird (bei ZEDAL-Teilnehmern „Aktenbesitz kopieren“ aktivieren)
- die Begleitscheine als Vorlagen erstellt und dem Auftraggeber mindestens 3 Werktage in der erforderlichen Anzahl vor der Entsorgung elektronisch zugestellt werden.
- die Begleitscheine vollständig mit den Angaben zum Abfallentsorger, -beförderer und -erzeuger sowie der geschätzten Menge ausgefüllt sind. Das Datum der Übergabe darf nur nach vorheriger Absprache mit dem Auftraggeber eingetragen werden. Übernahme- und Annahmedatum bleiben in den Vorlagen unausgefüllt.
- Die Anfallstelle ist im Feld 1.8 der verantwortlichen Erklärung zu benennen. In der Verbleibskontrolle der elektronisch geführten Begleitscheine ist in das Feld „Frei für Vermerke“ die gleichlautende Bezeichnung der Anfallstelle aus dem entsprechenden Entsorgungsnachweis (VE) einzutragen.

Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass der Entsorgungsnachweis rechtzeitig an die zuständige Behörde gesendet wird.

Verzögerungen, die durch ein Nichtbeachten der vorstehenden Regelungen oder eine nicht ordnungsgemäße Anwendung des elektronischen Abfallnachweisverfahrens entstehen, gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

Jegliche Kosten, die aus dem Nachweisverfahren entstehen, sind vom Bieter in die entsprechenden Leistungspositionen einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

3.6.4.3. Beförderung

Gefährliche Abfälle dürfen nur mit einer Erlaubnis gemäß § 54 (1) des KrWG befördert werden.

Auf Anforderung ist die Erlaubnis vorzulegen.

Eine Erlaubnis ist nicht erforderlich, wenn der Beförderer ein anerkannter Entsorgungsbetrieb ist, der für das Befördern des jeweiligen Abfalls zertifiziert ist.

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber 3 Werktage vor der Beförderung den Abtransport der Abfälle von der Baustelle in Textform anzuzeigen.

Sofern die Signatur der Beförderer abweichend von §11 (1) NachweisV unmittelbar vor Abfallübergabe beim Entsorger erfolgen soll, ist das dem AG 3 Werktage vor der Beförderung in Textform anzuzeigen.

3.6.5. Rückbau- und Entsorgungskonzept

Entfällt

3.6.6. Bodenlogistikkonzept

Entfällt

3.7. Winterbau

Entfällt

3.8. Beweissicherung/Zustandsfeststellung

Entfällt

3.9. Sicherungsmaßnahmen

Entfällt

3.10. Belastungsannahmen (Brückenbau)

Entfällt

3.11. Vermessungsleistungen, Aufmaßverfahren

3.11.1. Bestimmung der Dicken von Oberbauschichten

Entfällt

3.11.2. Vermessungsleistung

Entfällt

3.11.3. Aufmaßverfahren und Abrechnung

Allgemein

Die erbrachte Leistung ist zu dokumentieren. Dies hat mit einem vorgefertigten „Aufmaßblatt-Vordruck“ gem. Anlage zu erfolgen. Aufmaße sind zwingend gemeinsam vom AN und AG entsprechend dem Fortschritt der Leistungserbringung aufzustellen und zu unterschreiben. Vom Auftragnehmer ohne Beteiligung des Auftraggebers erstellte Aufmaße werden nicht anerkannt und sind unter Beteiligung des Auftraggebers zu wiederholen.

Die Stationierung in Aufmaßen und Aufmaß-Skizzen hat sich ausschließlich auf die Kilometrierung zu beziehen. In den Aufmaß-Skizzen sind „Aufmaß – Stationierungen“ nicht zulässig.

Vom Vertrag abweichende Aufmaßverfahren sind mit dem AG vor Ausführung der Leistungen festzulegen. Messungen mit dem Messrad zu Aufmaßzwecken sind grundsätzlich nicht zulässig.

Die Bauabrechnung hat im elektronischen Abrechnungsverfahren zu erfolgen.

Die Rechnungen sind mit folgenden Angaben zu versehen:

- Projekt- und Auftragsnummer
- Vollständige SAP-Bestellnummer oder Kontraktnummer
- Ort der Ausführung (Kilometerangabe, Fahrtrichtung)

Nach der Unterzeichnung der Abnahmeniederschrift ist die Schlussrechnung aufzustellen. Die Niederschrift ist unterzeichnet der Schlussrechnung beizufügen.

Zu den Abrechnungsunterlagen gehören Wiegescheine, Übernahmescheine, vollständig ausgefüllte Aufmaßblätter sowie die (Teil-) Abnahmeniederschrift. Diese Unterlagen sind zusammen mit der Rechnung bei der Meisterei vollständig vorzulegen. Eine besondere Vergütung für die Abrechnungszeichnungen ist nicht vorgesehen.

Abrechnungsunterlagen gem. ZVB/E-StB 2018, Ziffer 103 u. 104 werden gefordert.

Alle Aufwendungen für die Erfassung und Abrechnung der Leistungen sind einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

Weitere Informationen zu Rechnungsstellung werden bei der Zuschlagserteilung übermittelt.

3.12. Prüfungen und Nachweise

3.12.1. Erstprüfungen

Entfällt

3.12.2. Eigenüberwachungsprüfungen

Entfällt

3.13. Zusammenfassende Angaben für die Erarbeitung des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes (Sige-Plan)

Entfällt

4. Ausführungsunterlagen

4.1. Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Unterlagen

Das in der Anlage beigefügte Formblatt „Nachweis der Entsorgung nicht gefährlicher Abfälle“ wird dem Auftragnehmer zur Verfügung gestellt. Dieses ist für alle Leistungspositionen auszufüllen, die eine Verwertung von Abfällen nach Wahl des Auftragnehmers ausweisen.

Das in der Anlage beigefügte „Formblatt Anmeldung von gefährlichen Abfällen“ wird dem Auftragnehmer nach Zuschlagserteilung im Word-Format zur Verfügung gestellt.

4.2. Vom Auftragnehmer zu erstellende bzw. zu beschaffende Unterlagen

Entfällt

4.3. Elektronisches Planmanagementsystem

Entfällt

5. Anzuwendende technische Regelwerke

Beziehen sich Anforderungen in der Vergabeunterlage auf nationale Vorschriften bzw. nationale Normen, mit denen europäische Normen umgesetzt werden, europäische technische Zulassungen, gemeinsame technische Spezifikationen, internationale Normen und andere technische Bezugssysteme, die von europäischen Normungsgremien erarbeitet wurden oder nationale Normen, nationale technische Zulassungen oder nationale technische Spezifikationen für die Planung, Berechnung und Ausführung von Bauwerken und den Einsatz von Produkten, so werden gleichwertige Nachweise ebenso anerkannt.

Technische Vorschriften, die in der Baubeschreibung und in den hier unter Abschnitt 5.1 aufgeführten Zusätzliche anzuwendenden technischen Vertragsbedingungen bzw. Vorschriften (ZTV...) nicht mit einer bestimmten Fassung aufgeführt sind, sind in der zum Eröffnungs- / Einreichungstermin gültigen Fassung maßgebend.

5.1. Zusätzlich anzuwendende technische Vertragsbedingungen

5.2. Allgemeine Rundschreiben Straßenbau

- Allgemeines Rundschreiben Straßenbau (ARS) 05/1999, Ergänzungen zu den Technischen Lieferbedingungen für transportable Schutzeinrichtungen (TL-Transportable Schutzeinrichtungen 97)
- Allgemeines Rundschreiben Straßenbau (ARS) 18/1999, Änderungen zu den „Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen an Straßen (ZTV-SA 97)“, Abschnitt 6.11.1 der ZTV-SA wird durch die im ARS Nr. 18/1999 angegebene Fassung ersetzt
- Allgemeines Rundschreiben Straßenbau (ARS) 09/2011, Technische Liefer- und Prüfbedingungen für vertikale Verkehrszeichen (TLP VZ), Zusätzliche technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für vertikale Verkehrszeichen (ZTV VZ), Merkblatt für die Wahl der lichttechnischen Leistungsklasse von vertikalen Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen (ML V)
- Allgemeines Rundschreiben Straßenbau (ARS) 17/2017, Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Erdarbeiten im Straßenbau, Ausgabe 2017 (ZTV E-StB 17)
- Allgemeines Rundschreiben Straßenbau (ARS) 02/2022, Grundsätze für die passiv sichere Aufstellung von Verkehrszeichen

5.2.1. Technische Lieferbedingungen

- TL Gestein-StB 04/23 - Technische Lieferbedingungen für Gesteinskörnungen im Straßenbau, Ausgabe 2004/Fassung 2023
Bezugsquelle: FGSV
- TL BuB E-StB 20/23 - Technische Lieferbedingungen für Bodenmaterialien und Baustoffe für den Erdbau im Straßenbau, Ausgabe 2020/Fassung 2023
Bezugsquelle: FGSV
- TL Transportable Schutzeinrichtungen 97 - mit den Änderungen gemäß ARS 05/1999 und der Änderung gemäß ARS 08/2016
Bezugsquelle: FGSV
- TL M 23 - Technische Lieferbedingungen für Markierungsmaterialien, Ausgabe 2023
Bezugsquelle: FGSV
- TL SoB-StB 20 - Technische Lieferbedingungen für Baustoffgemische zur Herstellung von Schichten ohne Bindemittel im Straßenbau

5.2.2. Technische Prüfvorschriften

Technische Prüfvorschriften (TP), die in der Baubeschreibung und in den hier unter Abschnitt 5.1 aufgeführten Zusätzliche anzuwendenden technischen Vertragsbedingungen bzw. Vorschriften (ZTV...) nicht mit einer bestimmten Fassung aufgeführt sind, sind in der zum Eröffnungs- / Einreichungstermin gültigen Fassung maßgebend.

5.2.3. Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen

- ZTV A-StB 12 - Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Aufgrabungen von Verkehrsflächen, Ausgabe 2012
Bezugsquelle: FGSV
- ZTV Verm – StB 01 - Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Bauvermessung im Straßen- und Brückenbau, Ausgabe 2001
Bezugsquelle: FGSV
- ZTV E-StB 17 - Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Erdarbeiten im Straßenbau, Ausgabe 2017
Bezugsquelle: FGSV
- ZTV Ew-StB 14 - Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Entwässerungseinrichtungen im Straßenbau, Ausgabe 2014
Bezugsquelle: FGSV
- ZTV La-StB 18 - Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Landschaftsbauarbeiten im Straßenbau, Ausgabe 2018
Bezugsquelle: FGSV
- ZTV SoB-StB 20 - Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Schichten ohne Bindemittel im Straßenbau, Ausgabe 2020
Bezugsquelle: FGSV
- ZTV BEB-StB 15 - Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die bauliche Erhaltung von Verkehrsflächenbefestigungen – Betonbauweisen, Ausgabe 2015
Bezugsquelle: FGSV
- ZTV A-StB 12 - Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Aufgrabungen von Verkehrsflächen, Ausgabe 2012
Bezugsquelle: FGSV
- ZTV VZ 2011 - Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für vertikale Verkehrszeichen, Ausgabe 2011, unter Berücksichtigung des ARS 09/2011 in Verbindung mit dem ARS 02/2022
Bezugsquelle: FGSV
- ZTV M 13 - Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Markierungen auf Straßen, Ausgabe 2013, in Verbindung mit dem ARS 13/2015 und dem ARS 25/2016 sowie dem ARS 22/2024
Bezugsquelle: FGSV
- ZTV-SA 97 - Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen an Straßen, Ausgabe 1997, in Verbindung mit dem ARS 18/1999 und dem ARS 07/2004
Bezugsquelle: FGSV und VkbI-Verlag
- ZTV FRS 13/17 - Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Fahrzeug-Rückhaltesysteme, Ausgabe 2013, Fassung 2017



Bezugsquelle: FGSV

- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Entwässerungseinrichtungen im Straßenbau, Ausgabe 2025 (ZTV Ew-StB 25)

5.2.4. weitere technische Regelwerke

- TK FRS 2020 - Technische Kriterien für Fahrzeug-Rückhaltesysteme Stand 2020

Bezugsquelle: FGSV

Verzeichnis der Bezugsquellen:

- FGSV: FGSV-Verlag GmbH
Wesselingener Straße 17
50999 Köln

5.3. Ergänzungen zu den Technischen Lieferbedingungen

Entfällt

5.4. Ergänzungen zu den Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen

Entfällt

5.5. Sonstige anzuwendende technische Regelwerke

Entfällt

Baubeschreibung


**Die
Autobahn**

Projekt: A-13207-00 Seitenraumabtrag AM Lauenau

5.6. Anlagen/Formblätter

5.6.1. Nachweis der Entsorgung nicht gefährlicher Abfälle

Formblatt Nachweis der Entsorgung nicht gefährlicher Abfälle

Status der Entsorgungsmaßnahme. "G" - geplant "A" - ausgeführt / abgeschlossen	Niederlas- sung:	Außenstelle:			Projekt- nummer:				Zeitraum:
	Baumaß- nahme:								
	Auftrag- nehmer:								
	(Name/An- schrift)								
	Ordnungs- zahl / Abschnitt	Kurz- text LV / Be- schrei- bung	Abfall- schlüs- sel (AVV Schlüs- sel)	Abfall- menge (bitte Einheit wählen) t	Zuord- nungs- wert / Material- klasse	Art der Entsor- gung (Verwer- tung: V, Aufbe- reitung: A, Be- seitigung: B.)			Verwer- tungsort oder Ent- sorgungs- anlage (Name; An- schrift)
						V	A	B	
	"A"								
	"A"								
"G"									
Ort, Datum									
Unterschrift AN									
(Name, Stempel)									

Baubeschreibung

Die
Autobahn

Projekt: A-13207-00 Seitenraumabtrag AM Lauenau

5.6.2. Formblatt Anmeldung von gefährlichen AbfällenAnmeldung von gefährlichen Abfällen zur Erstellung von Entsorgungsnachweisen und Begleitscheinen

Die Informationen des Formblatts werden für die Erstellung von Entsorgungsnachweisen und Begleitscheinen (BGS) im eANV benötigt.

<u>Auftraggeber:</u>	
Maßnahmen Bezeichnung:	
Projekt-Nummer:	
Außenstelle, Autobahnmeisterei (Anschrift):	
Bauüberwachung (Name, Telefon, Fax-Nummer, E-Mail):	
Abfallbezeichnung:	
Abfallschlüssel aus LV:	
Gesamte Abfallmenge laut LV:	
Abfallmenge Tagesleistung (evtl.):	
Abfallanalyse als PDF beilegen (notwendig):	<input type="checkbox"/>
Ausbau des Abfalls (von Datum/bis Datum, KW):	
Bezeichnung der Abfallherkunft/Anfallstelle: (bitte genaue Herkunft angeben, z.B. BAB, Fahrtrichtung, Anschnitt, Los, Bauteil, Kilometrierung, Haufwerk, Adresse, R+H-Wert)	
<u>Auftragnehmer:</u>	
Name und Anschrift:	
Name Ansprechpartner:	
Telefon Ansprechpartner:	
E-Mail Ansprechpartner:	
<u>Rechnungsbeauftragter (evtl.)</u>	
Name und Anschrift:	

Baubeschreibung



**Die
Autobahn**

Projekt: A-13207-00 Seitenraumabtrag AM Lauenau

Name Ansprechpartner:	
Telefon Ansprechpartner:	
E-Mail Ansprechpartner:	
Verwendet Rechnungsbeauftragter das Programm ZEDAL (Ja/Nein)?:	
Bevollmächtigter (evtl.)	
Name und Anschrift:	
Name Ansprechpartner:	
Telefon Ansprechpartner:	
E-Mail Ansprechpartner:	
Verwendet Bevollmächtigter das Programm ZEDAL (Ja/Nein)?:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Entsorger:	
Name und Anschrift der Entsorgungsanlage:	
Entsorger-Nr.:	
Zertifikat/behördliche Bestätigung das Entsorger den o.g. Abfall entsorgen darf:	<input type="checkbox"/> liegt vor <input type="checkbox"/> liegt nicht vor
Besitzt Entsorger eine Freistellung zur Prüfung durch das Regierungspräsidium/o.ä. Behörde (Ja/Nein)?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Wenn Ja, Freistellungsbescheinigung beilegen:	<input type="checkbox"/> liegt vor <input type="checkbox"/> liegt nicht vor
ggf. Annahmekriterien (max. Belastungsgrenzen, mg/kg, etc.):	
Beförderer	
Name und Anschrift:	
Beförderer-Nr.:	
Zertifikat/Nachweis das Beförderer den o.g. Abfallschlüssel transportieren darf:	<input type="checkbox"/> liegt vor <input type="checkbox"/> liegt nicht vor

Hiermit bestätige ich die Richtigkeit der Daten wie ausgefüllt bzw. wie in dem vorgelegten Entsorgungsnachweis/Begleitschein im eANV vorgelegt. Die Angaben sind fachlich und sachlich richtig!

Datum:

Unterschrift:

5.6.3. Länderspezifische Regelungen Abfallrecht

Niedersachsen:

- Niedersächsisches Abfallgesetz (NABfG) (Stand 23.03.2022)
- „LAGA Mitteilung 23 – Vollzugshilfe zur Entsorgung asbesthaltiger Abfälle“ Erlass des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz (Stand: 17.05.2023)
- „Hinweise zur Vollzugshilfe zur Entsorgung asbesthaltiger Abfälle - Untersuchungsmethoden“ Erlass des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz (Stand: 25.09.2023)
- „Aktualisierung des Einführungserlasses MW vom 05.11.2012 zur Richtlinie zum Umgang mit Bankettschälgut, Ausgabe 2010 sowie Allgemeines Rundschreiben (ARS) Nr. 04/2010 vom 20.03.2010“ Erlass des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung (Stand 03.12.2024)

Bremen:

- Bremisches Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz der Freien Hansestadt Bremen (Stand 06.04.2024)
- „Merkblatt zur Einstufung der Gefährlichkeit von Abfällen in Bremen“ Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau der Freien Hansestadt Bremen (Stand 06/2023)

5.6.4. Präzisierte Regelungen zur TL Transportable Schutzeinrichtungen

Im Folgenden werden die Regelungen der TL Transportable Schutzeinrichtungen 97 für den Einsatz präzisiert. Es sind folgende Anforderungen ergänzend zu erfüllen (nur für die Systeme, die nicht in der BAST-Liste der Transportablen Schutzeinrichtungen enthalten sind):

Anforderungen an transportable Schutzeinrichtungen

- (1) Transportable Schutzeinrichtungen müssen zur Qualifizierung durch Anprallversuche hinsichtlich der Verschieblichkeit, Durchbruchbarkeit sowie der Gefährdung von Verkehrsteilnehmern und Dritten untersucht werden. Die Anforderungen dafür ergeben sich aus der DIN EN 1317- Teil 1 und Teil 2. Deren Abnahmekriterien müssen erfüllt und mindestens eine Leistungsklasse vollständig nachgewiesen werden.
- (2) Die Prüfungen nach DIN EN 1317- Teil 1 und Teil 2 sind von einem für die Prüfungen nach DIN EN 1317 akkreditierten Prüflabor durchzuführen.
- (3) Modifikationen, d.h. Änderungen gegenüber dem Prüfmuster, von geprüften temporären Schutzeinrichtungen sind ohne Anprallversuch nicht zulässig.
- (4) Sind zwei Anprallprüfungen zur Erreichung einer Aufhaltstufe erforderlich, sind beide Versuche an der identisch aufgebauten Schutzeinrichtung durchzuführen. Dies ist vom Prüfinstitut zu bestätigen.
- (5) Der Prüfbericht nach DIN EN 1317 für temporäre Schutzeinrichtungen muss ergänzend zu den Anforderungen der DIN EN 1317 mindestens enthalten:
 - (a) Hersteller oder Importeur,
 - (b) grundlegende Maße und Gewichte einschließlich Toleranzangaben,
 - (c) Montageanleitung, die den grundsätzlichen Aufbau der transportablen Schutzeinrichtung beschreibt
 - (d) ggf. eine Materialspezifikation für Kunststoffteile,
 - (e) ggf. detaillierte Zeichnungen für spezielle Konstruktionsteile,

- (f) Angaben zum geprüften System wie Aufstelllänge, Endverankerung, besondere Ausstattung,
- (g) Einzelergebnisse der Prüfungen bezüglich der Anforderungen an TSE (u.a. Fahrbereitschaft, gelöste Teile, dynamische Querverschiebung)
- (h) Bestätigung der Erfüllung der Anforderungen.
- (6) Der Hersteller muss folgende Prüfungsdokumentation, die vom Prüflabor über die Anprallprüfung ausgestellt wird, vorlegen:
 - (a) Prüfbericht und Videos der Anprallprüfungen nach DIN EN 1317
 - (b) Bestätigung des Prüflabors, dass die geprüfte temporäre Schutzeinrichtung den Zeichnungen entspricht und gemäß den Angaben in der Einbauanleitung auf dem Prüfgelände aufgestellt wurde.
 - (c) Bestätigung des Prüflabors, dass die Bauteile der geprüften temporären Schutzeinrichtung hinsichtlich der Anforderungen an die Stoffe, die Verbindungsmittel und der Abmessungen mit den Angaben in den Zeichnungen und der Systembeschreibung übereinstimmen. Hierzu ist für die wesentlichen Bauteile der TSE eine Materialanalyse des geprüften Systems erforderlich und die Übereinstimmung vom Prüfinstitut zu bestätigen.
 - (d) Bestätigung des Prüflabors, dass alle Anforderungen eingehalten und von der temporären Schutzeinrichtung erfüllt wurden.
- (7) Bei den Prüfungen TB 21 und TB 22 muss das Fahrzeug nach dem Anprall noch bedingt fahrbereit sein. Dabei dürfen anprallende Fahrzeuge nicht so stark beschädigt werden, dass der Fahrer keine Kontrolle mehr über das Fahrzeug ausüben kann. Die Fahrbereitschaft ist vom Prüfinstitut zu beurteilen.
- (8) Fahrzeuginsassen und Dritte dürfen dabei nicht gefährdet werden. Das bedeutet, es dürfen keine vollständig gelösten Teile von Schutzeinrichtung oder Fahrzeug im Anprallversuch auftreten. Schutzeinrichtungen der Aufhaltestufen T1, T2 und T3 (kleiner Anprallwinkel) müssen die Anprallheftigkeitsstufe A nachweisen. Schutzeinrichtungen für normales (N2), höheres (H1, H2) oder sehr hohes Rückhaltevermögen (H4b) müssen die Anprallheftigkeitsstufe A oder B nachweisen.
- (9) Wegen der besonderen Verhältnisse in Arbeitsstellen ist neben dem tatsächlich ermittelten Wirkungsbereich oder der Klasse gemäß Tabelle 4 der DIN EN 1317-2 die dynamische Querverschiebung in der Prüfung zu ermitteln und im Prüfbericht anzugeben. Zwischen entgegengesetzt gerichteten Verkehrsströmen darf die dynamische Querverschiebung beim leichten Fahrzeug (TB 11, TB 21, TB 22, TB 31) unabhängig vom Wirkungsbereich maximal 50 cm betragen.
- (10) Sämtliche Teile der temporären Schutzeinrichtung mit einer Masse von mehr als 2 kg, die sich im Anprallversuch vollständig gelöst haben, sind nach DIN EN 1317-2 zu identifizieren, zu lokalisieren und vollständig im Prüfbericht zu dokumentieren.
- (11) Temporäre Schutzeinrichtungen mit vollständig gelösten Teilen von je mehr als 2 kg sind nicht zulässig.
- (12) Temporäre Schutzeinrichtungen müssen hinsichtlich der Bauteile, der Verbindungsmittel und der Dauerhaftigkeit mit den Prüfmustern aus der Anprallprüfung übereinstimmen.
- (13) In der Anprallprüfung ist eine ausreichende Prüflänge zu gewährleisten. Die Prüflänge wird durch den Hersteller vorgegeben.
- (14) Die Mindestlänge, die Mindestlänge bei Kraftschluss und die Maximallänge ergeben sich aus der in der Anprallprüfung verwendeten Anfangs- und/oder Endverankerung und dem Verhalten der Schutzeinrichtung beim Anprallversuch (Definitionen siehe Liste transportabler Schutzeinrichtungen unter: https://www.bast.de/DE/Verkehrstechnik/Qualitaetsbewertung/Listen/pdf/liste-tse-2020.pdf?__blob=publicationFile&v=5.)

(15) Die Prüfungen der Eigenschaften der Reflektoren (siehe Abschnitt 2.1 der TL TSE 97) sind von einem für Messungen nach DIN EN 12899 Teil 1 oder Teil 3 oder für Messungen nach DIN 67520 akkreditierten Prüflabor durchzuführen und in einem Prüfbericht zu dokumentieren.

(16) Sofern gemäß dem Allgemeinen Rundschreiben Straßenbau Nr. 05/1999 vom 15. Dezember 1998 eine Kipp-Prüfung der transportablen Schutteinrichtung erforderlich ist, ist diese gemäß den Prüfbedingungen für einen Belastungsversuch zur Ermittlung der Kipplänge (1999) durchzuführen. Die Kipp-Prüfung an der transportablen Schutteinrichtung ist von dem akkreditierten Prüfinstitut durchzuführen, das auch die Versuche nach DIN EN 1317 an der TSE durchgeführt hat. Die Ergebnisse sind in einem gesonderten Prüfbericht über die Kipp-Prüfung zu dokumentieren und zu bewerten.

(17) Vom Hersteller ist eine Einbauanleitung für die Transportable Schutteinrichtung zur Verfügung zu stellen.

5.6.5. Formblatt „Erstellungshilfe für die Einbaudokumentation nach §25 EBV „Übersicht Einbau mineralischer Ersatzbaustoffe (MEB) nach Ersatzbaustoffverordnung“

Übersicht Einbau mineralischer Ersatzbaustoffe (MEB) nach Ersatzbaustoffverordnung									
Niederlassung:	Außenstelle:				Projekt- nummer:		Zeitraum:		
NL_									
Baumaßnahme:									
Auftragnehmer: (Name/Anschrift)									
Lieferscheinnummer	Mineralischer Ersatzbaustoff (gemäß EBV)	LV / OZ	Kurztext zum LV / OZ	Einbau anzeige- pflichtig	Einbau- menge gemäß LS	Umrech- nungs- faktor (t <=> m³)	Einbaumenge => Kubatur		Einbauort (z.B. Bauwerksnr., Bauab- schnitt, Km und FR, ggf. R-H- Wert)
					t		m³		
							Faktor kg=> t / t=> t		
	Hüttensand (HS)	10.10.100.120	Hüt- tensand liefern, ein- bauen	J					

Baubeschreibung

Projekt: A-13207-00 Seitenraumabtrag AM Lauenau

			verdich- ten						
	Recycling- Baustoff der Klasse 3 (RC- 3)	10.10.100.140	Bagger- gut BG- 0* lie- fern, ein- bauen verdich- ten	N					
	Recycling- Baustoff der Klasse 1 (RC- 1)	10.10.100.150	Boden- material BM-0* liefern, ein- bauen verdich- ten	J					
									hier kann man alles in "Freier Eingabe" hinschreiben und das erscheint dann automatisch in der drop down Liste
Ort, Datum	Beispiel für eine Einbaudoku für diese Maßnahme								
Unterschrift AN									
(Name, Stempel)									

Baubeschreibung

Projekt: A-13207-00 Seitenraumabtrag AM Lauenau



5.6.6. Mustergliederung Entsorgungskonzept

Entfällt

5.6.7. Arbeitsanweisung und Tagesprotokollheft

Entfällt

5.6.8. Verdichtungs- und Tragfähigkeitswerte

Entfällt